

Nicht nur eine Sache des Geldes

Ausschuss diskutiert Kriterien für die Vergabe von Grundstücken im Neubaugebiet Am Wienebütteler Weg

VON ANTJE SCHÄFER

Lüneburg. Die Nachfrage nach Baugrundstücken im Neubaugebiet Am Wienebütteler Weg ist enorm. Mehr als 600 Anfragen finden sich laut Stadt auf einer Interessentenliste der Stadt. Für die Vergabe hat die Verwaltung Kriterien entwickelt, die mit Punktzahlen unterlegt sind. Das Bewerbungsverfahren startet am 1. Juli, kündigte Oberbürgermeister Ulrich Mädge im Wirtschaftsausschuss an. Dort wurden die Kriterien diskutiert, um einen Vorschlag von Jule Grunau (Grüne) ergänzt und schließlich mehrheitlich bei einer Enthaltung beschlossen. Auch für die Grundstückspreise gab es bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung grünes Licht. Der Rat hat in seiner Sitzung am Donnerstag, 20. Mai, das letzte Wort.

69 Grundstücke für Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser stehen zum Verkauf, außerdem 15 Grundstücke für den Geschosswohnungsbau. Zwei Drittel der Grundstücke für Einfamilienhäuser und drei Viertel der Grundstücke für Doppel- und Reihenhäuser werden anhand der Vergabekriterien „Kinder“, „Ehrenamtliche Tätigkeit“, „Behinderung/Pflegebedürftigkeit“ und „Wohnsitz“ sowie „Arbeitsplatz“, alternativ zum Hauptwohnsitz, vergeben. Auch das Glück spielt eine Rolle, ein Viertel der Grundstücke für Reihenhäuser werden per Losverfahren zugeteilt.

Auch bei den Grundstücken für Geschosswohnungsbau gibt es Vergabekriterien. Dazu gehören die Schaffung von bezahlba-



Auf dem Acker soll das Neubaugebiet Am Wienebütteler Weg entstehen. Die Bewerbungen für Grundstücke startet am 1. Juli. Foto: be

rem Wohnraum (die Stadt will bei diesem Neubaugebiet eine Quote von 40 Prozent erzielen), Energieeffizienz sowie die Architektur von Gebäuden. Außerdem sollen Grundstücke für Baugemeinschaften vorgemerkt werden.

Stadt stellt in Kürze Unterlagen ins Netz

Jule Grunau plädierte im Rahmen eines Änderungsantrages dafür, dass das Kriterium „Ehrenamtliche Tätigkeit“ durch „Alleineziehende“ und „Pfleger Person“ ergänzt werden sollte. Denn diese Personengruppen hätten oft nicht die Zeit, um sich ehrenamtlich zu engagieren, sie würden jedoch einen gesellschaftlichen Beitrag wie Ehrenamtliche leisten und seien daher gleichrangig bei der Vergabe zu berücksichtigen.

Mehrere Ausschussmitglieder teilten den Einwand von Oberbürgermeister Ulrich Mädge, dass das Kriterium Kinder auch „alleinerziehend“ abdecke. Die Einbeziehung „Pfleger Person“ in den Katalog wurde von Frank Soldan (FDP), Klaus-Dieter Salewski (SPD), Michél

Pauly (Linke) sowie dem Verwaltungschef befürwortet.

Pauly machte außerdem deutlich, dass die Vorlage der Verwaltung in die richtige Richtung gehe. Denn nicht der Geldbeutel des Käufers zähle, sondern die Kriterien gäben den Ausschlag. Pauly sprach sich zudem dafür aus, das Wohnsitz-Kriterium zugunsten des Arbeitsplatz-Kriteriums zu streichen. Denn wer hier nicht wohne, aber arbeite, habe es schwer, Bauland zu finden. Mehrheitlich stimmte der Ausschuss dagegen.

Robin Gaberle (AfD) hatte zuvor dafür plädiert, dass „Wohnsitz“ und „Arbeitsplatz“ jeweils

mit fünf Punkten statt drei bewertet werden sollten, und die Punkte bei „Arbeitsplatz“ bereits dann vergeben werden sollten, wenn der Bewerber sechs Monate (und nicht zwei Jahre wie in der Vorlage der Stadt) in Lüneburg arbeite. Er argumentierte: „Wir machen schließlich Politik für Lüneburger.“ Mädge hielt dem entgegen, es gehe darum, dass Fachkräfte in angemessener Zeit die Chance haben, in Lüneburg zu bauen. Er machte auch deutlich, dass er nicht die Ansicht „Lüneburg den Lüneburgern“ teile. Gaberles Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Mehrheitlich abgelehnt wurde auch ein Änderungsantrag der Grünen, die diesen bereits im Dezember im Zusammenhang mit dem Beschluss zum Bebauungsplan für das Neubaugebiet eingebracht hatten. Darin forderten diese Grundstückspreisenachlässe für Bauherren, die energieeffizient und möglichst CO₂-neutral Gebäude errichten. Mädge und Henning Müller-Rost, Technischer Leiter der Lüneburger Wohnungsbau GmbH, die dort Geschossbauten im geforderten Segment erstellen wird, erläuterten, dass es inzwischen eine Bundesförderung für Effizienzhäuser gebe, die je nach Standard eine Förderung bis zu 37.500 Euro möglich mache. Nachreichen wird die Verwaltung in der Juni-Sitzung des Ausschusses einen Vergleich des Energiekonzepts der Avacon Natur GmbH mit anderen Anbietern.

Die Unterlagen für die Vergabe werden demnächst auf der Internetseite der Stadt eingestellt. Es wird eine Vergabe-Kommission gebildet. Über den Verkauf der Grundstücke beschließt der Rat.

PREISE FÜR GRUNDSTÜCKE

Bis zu 380 Euro pro Quadratmeter

Mehrheitlich zugestimmt haben die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses auch den Verkaufspreisen. Jule Grunau (Grüne) enthielt sich, Michél Pauly (Linke) stimmte dagegen. Die Preise pro Quadratmeter: 280 Euro für geförderten Geschosswohnungsbau, 380 Euro für frei finanzierten Geschoss-

wohnungsbau, 380 Euro für Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser, Parkplatzflächen 280 Euro (inklusive Erschließung). Eine Ermäßigung wird Familien mit Kindern gewährt: Ein Kind bedeutet 5000 Euro Rabatt, zwei Kinder 13.000 Euro, drei und mehr Kinder 23.000 Euro.

Hinweis:

Die LZ hat ihre Rechte an die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG abgetreten.